



## Sparen auf dem Buckel von Kranken

Telefoniert ein Psychiater mit einem Suizidgefährdeten, erhält er nur noch 20 Minuten vergütet. Zudem wird die Zeit für Gespräche mit dem Umfeld von Patienten halbiert – die Massnahmen des Bundesrats provozieren Widerstand.

SIMON HEHLI

Wer nur deshalb Medizin studiert, um später reich zu werden, wird eine Sparte meiden: die Psychiatrie. Denn von allen Mediziner\*innen verdienen Psychiater am wenigsten. Laut Zahlen aus dem Jahr 2009 – neuere Untersuchungen gibt es nicht – erhielten sie ein durchschnittliches Jahressalär von 130 000 Franken, Kinder- und Jugendpsychiater gar nur rund 107 000 Franken. Die Berufsgruppe liegt damit deutlich unter dem Schnitt der gesamten Ärzteschaft von 190 000 Franken. Umso sensibler reagieren die Psychiater, wenn ihnen Lohnneinbussen drohen. Gegenwärtig ist dies der Fall wegen des Eingriffs von Gesundheitsminister Alain Berset in den Ärztetarif Tarmed.



Psychiater möchten sich auch in Zukunft eingehend mit Patienten und deren Umfeld unterhalten können.

ANNECK RAMPE / NZZ

### Entwertung der Arbeit

Als Berset in einem früheren Eingriff die Hausärzte auf Kosten der Spezialärzte besserstellen wollte, reagierten einige Spezialisten darauf, indem sie mehr «Leistungen in Abwesenheit des Patienten» verrechneten und damit die vorgesehenen Einkommenseinbussen kompensierten. Deshalb will der SP-Bundesrat nun Gegensteuer geben und die Vergütungen für die Leistungen in Abwesenheit kürzen. Und das trifft die Psychiater hart, wie sie nun beklagen. Alexander Zimmer, Tarifverantwortlicher beim Psychiater-Verband FMPP, sagt: «Unsere Arbeit soll – als Kollateralschaden des Eingriffs – künftig weniger wert sein.»

Konkret plant Berset, dass die Psychiater pro Patient und Vierteljahr nur noch 90 Minuten Leistungen in Abwesenheit des Patienten verrechnen dürfen – halb so viel wie heute. «Der Bundesrat hat offensichtlich übersehen,

dass dieser Tarifposten bei uns nicht nur das Lesen und Aktualisieren von Patientenakten umfasst, sondern vor allem auch Gespräche mit dem Umfeld von besonders vulnerablen Patienten», sagt Zimmer. Gemeint sind damit Angehörige, aber auch der Hausarzt, die Spitex, der Arbeitgeber oder die Schule. Der Einbezug dieser Stellen sei eine wichtige und weltweit anerkannte Methode der Psychiatrie und unabdingbar für den Erfolg einer Therapie.

### Mehrkosten wegen Sparübung?

Laut Zimmer ist es für einen Kinder- und Jugendpsychiater unter Umständen sinnvoll, an einer Lehrersitzung teilzunehmen, an der es um einen psychisch erkrankten Schüler geht. «Und nach einer solchen Sitzung ist das Zeitkontingent für drei Monate schon aufgebraucht.» Ein anderes Beispiel sind Demenzzranke in einem frühen Stadium. «Auch in diesen Fällen spricht der Psychiater oft mit den Angehörigen oder den Spitex-Betreuerinnen», betont



Zimmer. Sein Verband sieht durch die enge Limitierung die «sprechende Medizin» gefährdet. Und warnt in seiner Vernehmlassungsantwort vor unerwünschten Nebenwirkungen: «Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, dass die Einsparungen in der Psychiatrie zu vermehrten Einweisungen in Kliniken, längerer Arbeitsunfähigkeit und am Ende zu Invalidität und Mehrkosten führen werden.»

Drastisch wären aus Sicht der Psychiater auch die Folgen einer weiteren geplanten Sparmassnahme: Neu soll es eine zeitliche Limite von 20 Minuten für telefonische Beratungsgespräche geben – das könne in Extremfällen lebensgefährdend sein. «Wir können doch einem suizidgefährdeten Patienten nicht nach 20 Minuten das Telefon auflegen», sagt Zimmer. «Menschen in Stresssituationen beruhigen sich, wenn sie sich in einem Telefongespräch ernst genommen fühlen, doch das braucht Zeit.» Die Massnahme treffe aber auch Patienten, die an schwerer Depression oder einer Angststörung litten und es deshalb nicht in die Praxis schafften. Laut Zimmer könne Bersets Eingriff dazu führen, dass Psychiater ihre Patienten rascher in eine stationäre Einrichtung einweisen würden, was die Kosten letztlich in die Höhe triebe.

Auch eine dritte Massnahme ärgert die Psychiater: Weil die Dauer ihrer sechsjährigen Weiterbildung weniger Gewicht erhalten soll, würde ihr Einkommen um einige Prozentpunkte sinken. Bersets Tarifeingriff betrifft zwar nur das Jahr 2018, falls sich Ärzte, Spitäler und Krankenkassen später auf eine Tarmed-Reform einigen können. Doch eine Salärkürzung bei den Psychiatern liesse sich kaum mehr aus der Welt schaffen, fürchtet Zimmer. «Es wird dann heissen, die Kostenneutralität müsse gewahrt sein. Eine Korrektur zu unseren Gunsten wäre schwierig zu erreichen.» Wolfram Kawohl, Chef Psychiatrie und Psychotherapie bei den Psychiatrischen Diensten Aargau, sagt, er fürchte deshalb um die Versorgungssicherheit. «Werden wir finanziell noch

schlechter gestellt, wird es immer schwieriger werden, Nachwuchs für die Psychiatrie zu finden.»

## «Das ist schlicht falsch»

Die Psychiater hoffen nun, dass ihre Warnrufe in Bern erhört werden und Berset sie verschont. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ist derzeit damit beschäftigt, die Stellungnahmen auszuwerten, wie es auf Anfrage heisst. Es sei deshalb zu früh, zu den Vorschlägen selber Stellung zu nehmen. Einen definitiven Entscheid zur Tarmed-Anpassung wird der Bundesrat bis Ende Jahr fällen.

Wenig Verständnis für die Kritik der Psychiater hat der Krankenkassenverband Curafutura. Dessen Sprecher Rob Hartmans weist darauf hin, dass die Psychiater weniger Umsatzeinbussen hinnehmen müssten als andere Facharzt-Gruppen. Die Halbierung der Leistungen in Abwesenheit des Patienten sei angebracht, da dies eine weitere Ausweitung der Leistungen dämpfe. «Was an diesem Eingriff «lebensbedrohlich» sein soll, können wir nicht nachvollziehen.» Laut Hartmans kappt der Tarifeingriff «gewisse Spitzen» in der Psychiatrie, doch gebe es weiterhin zahlreiche Zeitleistungen, welche die Psychiater verrechnen dürften. «Wenn sie nun so tun, als dürften sie nicht mehr lange genug mit ihren Patienten reden, so ist das schlicht falsch.»